

Medieninformation 02/22

Berlin, 12.04.2022

Parlamentarisches Frühstück der Gipsindustrie im Bundestag: Gips sorgt für bezahlbaren Wohnraum

Umsetzung der Bau- und Energiewende ohne Gips nicht möglich

Die Bundesregierung peilt in ihrem Koalitionsvertrag das äußerst ambitionierte Ziel an, jährlich 400.000 Wohnungen, davon 100.000 öffentlich geförderte, neu zu bauen. Insgesamt fehlen laut Deutschem Mieterbund derzeit ca. 1,5 Mio. Wohnungen. Dabei sollen die Gebäude bedarfsgerecht, ressourcenschonend und flexibel gebaut werden. Hier können Gips als Rohstoff sowie Gipsprodukte als Baustoffe einen entscheidenden Beitrag leisten, eine Bauwende ohne moderne Leichtbaulösungen mit Gips wird nicht möglich sein.

Im Rahmen eines Parlamentarischen Frühstücks informierte letzte Woche der Bundesverband der Gipsindustrie die Bundestagsabgeordneten über Möglichkeiten, die Zielsetzung der Bundesregierung mit Hilfe von Trockenbausystemen zu unterstützen.

Stärker als bislang sollten die Potenziale im Bestand genutzt werden. Das rechnerische Potenzial für Aufstockungen und Umnutzungen ist sogar noch größer als die Zielsetzung: Mehr als 4 Mio. zusätzliche Wohnungen könnten besonders in Großstädten, Ballungsräumen und Universitätsstädten entstehen. Die Aufstockung von Bestandsbauten mit leichten Systemen vermeidet dabei zusätzlichen Bodenverbrauch, nutzt die vorhandene Infrastruktur, schafft schnelle Lösungen und Grundstückskosten fallen nicht an.

Die deutsche Gipsindustrie entwickelt schon seit Jahrzehnten Lösungen für den Neubau sowie modulare Bauweisen und Systeme zur Umwidmung, Aufstockung oder Erweiterung von Bestandsbauten. Sie steht aber zunehmend vor massiven Herausforderungen: Laut einer in Kürze zu veröffentlichenden Studie des DIW im Auftrag des Bundesverbandes Baustoffe – Stein und Erden e. V. (bbs) bleibt der Bedarf an Gipsbaustoffen bis 2040 zwar konstant hoch bei ca. 10 Mio. Tonnen pro Jahr. Der in ein paar Jahren durch das beschlossene Kohleausstiegsgesetz wegfallende sogenannte REA-Gips deckt dabei momentan noch 40% des Rohstoffbedarfs.

Gleichzeitig wird das Gipsrecycling intensiviert. Aber die Mengen aus dem Rückbau sind zu gering, um den Wegfall des REA-Gips zu kompensieren.

Deswegen fordert die deutsche Gipsindustrie die Politik auf, im Rahmen der Ziele für einen ökologischen Wohnungsbau den heimischen Naturgipsabbau verstärkt zu fördern. Dabei trägt Gips sogar zur Energiewende bei durch einen geringen ökologischen Fußabdruck sowie als Rohstoff für den Bau von Windenergieanlagen.

Zum Hintergrund:

- Gips ist ein Baustoff mit günstigem CO₂-Fußabdruck und weist bei der Gewinnung und Herstellung einen sehr geringen Anteil an grauer Energie auf, da für die Produktion im Vergleich zu anderen Lösungen insgesamt weniger Energie benötigt wird.
- Ca. 11 Tonnen Gips stecken in jedem Fundament eines Windrads.
- Nach Schätzungen des Baustoffdachverbandes bbs liegt beispielsweise der Bedarf an zusätzlichem Gips zum Wiederaufbau in dem vom Hochwasser betroffenen Bauschäden in der Eifel bei ca. 1,2 Mio. Tonnen.

Fachliche Rückfragen:

Bundesverband der Gipsindustrie e. V.:
Holger Ortleb, Tel. 030 311698221

Zum Bundesverband der Gipsindustrie e. V.:

Der Bundesverband der Gipsindustrie e. V. vertritt die Interessen der gipsabbauenden und gipsherstellenden Unternehmen in Deutschland. Er ist aus dem 1899 gegründeten Deutschen Gipsverein hervorgegangen und repräsentiert heute eine sowohl von mittelständischen als auch von großen Unternehmen geprägte Branche mit ca. 7.000 Mitarbeitern.

Zu den Aufgaben des Verbands gehört die Darstellung der Vorteile des Baustoffs Gips sowie der modernen Trocken- und Leichtbauweisen mit Gips in der Fachwelt ebenso wie in der breiten Öffentlichkeit. Die Forschung und Entwicklung für neue Anwendungsmöglichkeiten des Materials, für nachhaltige, ressourcenschonende Herstellungs- und Veredelungs-techniken sowie für den bauphysikalisch und technisch optimalen Einsatz in Gebäuden wird begleitet, koordiniert und mit ihren Ergebnissen kommuniziert.

Der Bundesverband der Gipsindustrie e. V. engagiert sich in der nationalen sowie europäischen Normung. Er positioniert sich darüber hinaus in den Diskussionen zu den gesetzlichen Rahmenbedingungen der Bauwirtschaft, der Rohstoffgewinnung sowie dem Umwelt- und Naturschutz.